



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Universitätsbibliothek Paderborn**

**"... auf der Suche nach festem Boden"**

**Blömeke, Sigrid**

**Münster [u.a.], 1999**

III.1 Lokale Rahmenbedingungen

**urn:nbn:de:hbz:466:1-39856**

### III. Gründung und Profil der Pädagogischen Akademie Paderborn

#### III.1 Lokale Rahmenbedingungen

Am 27. März 1945 wurde die Stadt Paderborn durch einen amerikanischen Luftangriff fast vollständig zerstört, nachdem eine erste Bombardierung zwei Monate zuvor bereits zu einer Flucht großer Teile der Bevölkerung aus der Stadt geführt hatte. Beim Einmarsch der US-Armee einige Tage später, der „nahezu ohne Zwischenfälle“ (Stambolis 1999, S. 257) erfolgte, lebten hier weniger als 5.000 Personen (zum Vergleich: 1939 hatte die Stadt mehr als 42.000 EinwohnerInnen). Im Laufe des Sommers normalisierten sich die Zustände jedoch allmählich:

„Nach und nach kehrten dann die in den letzten Wochen vor und während der Luftangriffe vom Januar und März aus der Stadt geflüchteten Paderborner zurück.“ (Leesch/Schubert/Segin 1970, S. 265)

Ende des Jahres 1945 hatte Paderborn bereits wieder 26.000 Einwohner.

Unmittelbar nach der Übernahme der Besatzungsverwaltung durch die Briten entließ der britische Kommandant Major Bell die bisher leitenden Beamten und Angestellten in den Behörden (vgl. Hüser 1988c, S. 131). Den Neuaufbau der Stadtverwaltung, der „in einer für die damalige Zeit typischen bürokratischen Grauzone“ (Stambolis 1999, S. 259) erfolgte, überließ Bell praktisch der katholischen Kirche, die Personalvorschläge kamen im wesentlichen von Domvikar Kaspar Schulte (vgl. Hüser 1988a, S. 12). Der auf dessen Vorschlag hin ernannte kommissarische Bürgermeister, Rechtsanwalt Dr. Zacharias, wurde allerdings bereits nach fünf Wochen wieder entlassen, da den Briten seine Funktion als SA-Oberscharführer bekannt geworden war. Sein Nachfolger wurde der Rechtsanwalt Norbert Fischer. Auch den kommissarisch ernannten Landrat tauschte Major Bell aus, um einen „kooperationsbereiteren“ (zit. nach ebd., S. 13) einsetzen zu können.

Erster Schritt auf dem Weg zu einer kommunalen Selbstverwaltung war die Ernennung eines elfköpfigen „Bürgerausschusses“ im Mai 1945 durch die britische Militärregierung. Ihm gehörten ein KPD-Mitglied, drei SPD- und sieben Zentrumsmitglieder an, die den Sparkassen-Angestellten Christoph Tölle zum Vorsitzenden wählten (vgl. Reller 1986, S. 25). Ein halbes Jahr später ersetzten die Briten den Bürgerausschuß durch eine offizielle Stadtvertretung, der 30 Personen angehörten: 11 CDU-, 7 Zentrums-, 7 SPD- und 3 KPD-Mitglieder sowie zwei Parteilose (vgl. ebd., S. 33). Bürgerausschuß und Stadtvertretung wurden also eingesetzt, Wahlen fanden noch nicht statt. Die neue – an das britische Vorbild angelehnte – Gemeindeverfassung sah eine Ämterteilung an der Spitze

der Stadtverwaltung vor: Das Amt des Bürgermeisters übernahm Tölle, während Fischer Stadtdirektor wurde (vgl. Hüser 1988a, S. 15).

Ende des Jahres 1945 hatten sich in Paderborn auch wieder Parteien etabliert: so die traditionellen Parteien KPD und SPD sowie – als neue überkonfessionelle christliche Partei – die CDU, die unter „starker Beteiligung von Vertretern der Amtskirche“ (Stambolis 1999, S. 263) und gegen eine bedeutende Minderheit von ZentrumsbefürworterInnen gegründet worden war (vgl. Hüser 1988a, S. 15). Eine liberale Partei konstituierte sich lokal erst Jahre später. Die erste Kommunalwahl fand in Paderborn am 15. September 1946 statt. Vor 1933 war in Paderborn das Zentrum unangefochten gewesen: Im Kaiserreich hatte es immer durchschnittlich 94% der Stimmen erringen können (vgl. Bauer/Henkel 1984, S. 149), bis zum Ende der Weimarer Republik hielt sich das Zentrum hier bei ca. 60% (vgl. Grothmann 1990, S. 37). Bei der Kommunalwahl im Herbst 1946 errang die CDU prozentual knapp die Hälfte der Stimmen, während Zentrum und SPD jeweils ein knappes Viertel der Stimmen aufzuweisen hatten (vgl. Hüser 1988b, S. 35); KPD und parteilose Kandidaten blieben bedeutungslos (2,4 bzw. 1,7%). Da für die Sitzverteilung das britische Mehrheitswahlrecht angewendet wurde, erhielt die CDU 23 der 27 Sitze; Zentrum und SPD erhielten jeweils zwei Sitze (vgl. Gemeindewahlen 1946, S. 7, und Stambolis/Hüser 1989, S. 47).

Aufgrund des Mißtrauens der britischen Militärregierung gegen deutsche Gewerkschaften hatten es Gewerkschaftsgründungen auch in Paderborn zunächst schwer. So gab es 1945 Initiativen zur Gründung örtlicher Gewerkschaften, diese scheiterten aber „an der Hinhaltspolitik der Militärregierung“ (Klönne/Palberg 1988, S. 39). Vor 1933 hatten in Paderborn die christlichen Gewerkschaften eine bedeutende Rolle gespielt, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beteiligten sich diese „maßgeblich“ (ebd., S. 41) an dem Aufbau einer Einheitsgewerkschaft. Zwei Personen waren hierfür Bindeglieder: der spätere erste Vorsitzende – und Bruder des Generalreferenten Kultus im Oberpräsidium der Provinz Westfalen, Johannes Brockmann – Hermann Brockmann, aktiver Katholik und Sozialdemokrat, und Heinrich Hüwel, Christlicher Gewerkschafter und CDU-Mitglied und Hermann Brockmanns Stellvertreter. Aber:

„Erst im April 1946 erteilte die Paderborner Militärregierung die endgültige Genehmigung der öffentlichen Tätigkeit der hiesigen Gewerkschaften.“ (ebd.)

Ende des Jahres 1946 verzeichnete die traditionell starke Gewerkschaft der Eisenbahner bereits wieder über 3.000 Mitglieder.

Die materiellen Bedingungen, unter denen die Paderborner Bevölkerung lebte, waren 1945/46 bedrängend, vor allem im Bereich der Ernährung und der Wohnungsversorgung. So erhielten nur diejenigen Lebensmittel zugeteilt, die „Gemeinschaftsarbeit“ leisteten, also Trümmer beseitigten etc. (vgl. Reller 1986, S. 23). Die Versorgung mit Kartoffeln und Mehl war bis ins Jahr 1947

hinein unzureichend, während Fett und Fleisch ausreichend vorhanden waren. Das führte zu Klagen:

„Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die mangelhafte Versorgung im Jahre 1947 bewog die britische Besatzungsmacht zu einer breiten Informations- und Aufklärungskampagne über die Gründe für den weltweiten – und eben nicht nur in Deutschland bestehenden – Mangel an Nahrungsmitteln.“ (Riesenberger 1988a, S. 25)

Im Juli 1945 wurde ein Zuzugsverbot erlassen, das nur noch Arbeitskräften erlaubte, Wohnsitz in Paderborn zu nehmen, ihre Familienmitglieder aber ausschloß. Diese Maßnahme wurde im Oktober 1945 dahingehend verschärft, daß nur noch diejenigen Personen Anspruch auf wiederaufgebauten Wohnraum hatten, die „mindestens drei Jahre vor 1945 Einwohner der Stadt gewesen waren“ (Stambolis 1988a, S. 109). Das Ergebnis war, daß sich von den 10.000 im Kreis Paderborn wohnenden Flüchtlingen und Vertriebenen, das entsprach etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung, 1946 nur gut 1.000 in der Stadt selbst aufhalten konnten (= 3,4% der Bevölkerung). Trotzdem verfügte 1947 jeder PaderbornerIn nur über eine Wohnfläche von durchschnittlich sechs Quadratmetern (vgl. Riesenberger 1988a, S. 24). Die Wohnungen waren oft nicht winterfest, Holz- und Kohlenzuteilungen fielen minimal aus (vgl. ebd., S. 26f.). Erst Mitte 1948 waren zwei Drittel der Wohnungen „notdürftig wieder hergerichtet. Die meisten waren noch nicht als Dauerwohnungen geeignet.“ (Stambolis/Hüser 1989, S. 51) Neben den Flüchtlingen lebten im Kreis Paderborn noch etwa 9.000 „Displaced Persons“ und über 22.000 ehemalige russische Kriegsgefangene (vgl. Riesenberger 1988b, S. 102).

Die hohe Fluktuation in der Bevölkerung bewirkte auch ein Aufbrechen der konfessionellen Geschlossenheit. Jahrhundertlang hatte das Paderborner Land zum Fürstbistum Paderborn gehört und war daher katholisch geprägt. Noch 1802 lebten in der Region nur KatholikInnen (vgl. Bauer/Henkel 1984, S. 149). Trotz des Zuzugs preußischer Beamter und Soldaten waren bis 1945 noch über 90% der Bevölkerung katholisch gewesen. Der Zustrom Tausender Evangelischer nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete dann, daß der Anteil der KatholikInnen auf 85,3% sank und sich 1946 13,4% evangelische Kirchenangehörige nachweisen ließen (vgl. Stambolis 1988a, S. 110). Bezüglich der Sozialstruktur der Bevölkerung liegen nur Daten über Anteile der einzelnen Sektoren an der Gesamtwirtschaft vor. Daraus geht hervor, daß zum Zeitpunkt der Währungsreform der Landkreis Paderborn noch stark agrarisch geprägt war: Etwa 30 Prozent der Erwerbepersonen waren in Land- und Forstwirtschaft beschäftigt (vgl. Leesch/Schubert/Segin 1970, S. 271). Die Höfe waren in der Regel sehr klein. So hatten fast zwei Drittel der Bauern weniger als zwei Hektar Land, insgesamt bestellten diese zwei Drittel der Betriebe nur gut ein Sechstel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Lediglich jeder Hundertste Hof war größer als 50 Hektar, aber knapp zehn Prozent der Betriebe besaßen fast die Hälfte der ge-

samten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Kreises (vgl. ebd., S. 281). Da der Industrialisierungsgrad der Region noch sehr gering war, waren nur relativ wenige Erwerbspersonen in der Kategorie „Industrie und Handwerk“ beschäftigt. Die meisten von ihnen waren in Klein- und Mittelbetrieben tätig (vgl. Stambolis 1988b, S. 139). Dem entsprach auch die hohe Zahl der Selbständigen: Noch 1950 war mehr als ein Drittel aller Erwerbspersonen selbständig (vgl. Bauer/Henkel 1984, S. 122).

Die Situation der Paderborner Schulen war aufgrund der starken Zerstörung der Stadt desolat: Von sieben Volksschulen standen im Spätsommer 1945 lediglich zwei zur Verfügung. Notdürftig wurden Baracken errichtet, um ab 30. Oktober den unteren Klassen wenigstens schichtweise Unterricht erteilen zu können. Die Volksschul-Oberstufe begann am 15. November 1945 mit dem Unterricht (vgl. Riesenberger 1988c, S. 153). Obwohl die Briten angeordnet hatten, daß alle SchülerInnen mindestens 24 Unterrichtsstunden erhalten sollten, konnte dies aufgrund des Raummangels nicht gewährleistet werden. So erhielten die SchülerInnen der St. Georgsschule z.B. nur 12 Stunden wöchentlich (vgl. StadA PB, A 5520).

Der hohen SchülerInnenzahl standen zu wenige und meist überalterte LehrerInnen gegenüber. Am Beispiel der Herz-Jesu-Schule wird die Situation deutlich: 548 SchülerInnen besuchten im November 1946 die Volksschule, in den Klassen 1 bis 5 saßen jeweils knapp 50 bis über 90 SchülerInnen. Die Klassen 7 und 8 wurden von jeweils 44 SchülerInnen besucht, lediglich die Klasse 9 konnte mit 27 SchülerInnen eine niedrige Klassenfrequenz aufweisen (vgl. Riesenberger 1988c, S. 153). Eine ärztliche Untersuchung aller Schulkinder der Stadt ergab, daß diese in „keinem erfreulichen Gesundheitszustand“ (StadA PB, A 5514) waren. Sie scheinen vielfach noch nicht einmal Schuhe besessen zu haben, denn die Stadtvertretung beschloß am 30. Oktober 1946, Pappelholz bereitzustellen, um „ca. 1.250 Paar Holzschuhe für die Schulkinder zu bekommen“ (ebd.).

Der traditionellen Bedeutung der katholischen Kirche in Paderborn entsprach beim Wiederaufbau ihr Einfluß auf die Entwicklung der Volksschulen. Bereits im Sommer 1945 beschloß der Schulausschuß, Schulbezirke und Pfarrgrenzen sollten übereinstimmen. Riesenberger stellt hierzu fest:

„Dieser Beschluß nahm wenig Rücksicht auf die schulischen Verhältnisse.“ (Riesenberger 1988c, S. 157)

Ebensowenig Rücksicht auf Klassenstärken und Schulwege der Kinder nahm die katholische Kirche mit ihrer Forderung nach Trennung der Geschlechter, die Schulrat Ernst ab dem 5. Schuljahr anordnete – „auf Drängen von verschiedenen Seiten“ (zit. nach ebd.). Stambolis urteilt:

„Die Wiederaufnahme des Unterrichts stand [...] auch in Paderborn nach 1945 ganz im Zeichen der Rekonfessionalisierung.“ (Stambolis 1999, S. 314)

Im Mittelpunkt der lokalen Bildungspolitik stand 1945 die Diskussion um konfessionelle oder Gemeinschaftsschulen. Die britische Militärregierung hatte mit der Erziehungsanweisung an die deutschen Behörden EIGA Nr. 1 die Schulverwaltungen aufgefordert, eine Entscheidung der Eltern über den Charakter der Volksschulen einzuholen. „Wir stimmen für die Bekenntnisschule“, lauteten die wiederkehrenden Schlagzeilen in der örtlichen „Westfalen-Zeitung“, die am 19. April 1946 das Ergebnis bekanntgab: 2.940 Fragebögen waren zurückgegeben worden, die eine konfessionelle Bindung der Volksschulen forderten. Nur 249 Eltern, das waren weniger als acht Prozent, sprachen sich nicht dafür aus. Gegen die Stimmen von SPD und KPD beschloss CDU und Zentrum dann im Juli 1946 in der Stadtvertretersitzung auf Empfehlung des Schulausschusses die Wiedereinrichtung konfessioneller Schulen (vgl. StadA PB, A 5514). Die Gegner dieses Beschlusses hatten vor allem auf die organisatorischen Schwierigkeiten – beispielsweise bei der Schaffung winterfester Schulräume – hingewiesen. Darauf gingen CDU und Zentrum jedoch nicht ein. Stadtvertreter und Schulausschußmitglied Reker warf den Befürwortern von Gemeinschaftsschulen im Schulausschuß vor, daß diese eine Einrichtung der Nazis gewesen seien (vgl. StadA PB, A 5520). Für die evangelischen SchülerInnen bedeutete der Beschluß der Stadtvertreter, daß sie von nun an weite Schulwege zurückzulegen hatten, da für sie nur drei Räume zur Verfügung gestellt wurden.

## **III.2 Die Errichtung einer Pädagogischen Akademie in Paderborn**

### **III.2.1 Auseinandersetzungen um Paderborn als Standort**

Obwohl der endgültige Beschluß des Oberpräsidiums der Provinz Westfalen und der Vertreter der Regierungspräsidien, eine der fünf geplanten Pädagogischen Akademien in Paderborn zu errichten, erst relativ spät – Ende März 1946 – fiel, kam die Stadt doch bereits früh als Standort ins Gespräch. So enthielten einige der Konzepte zur westfälischen VolksschullehrerInnenausbildung, die im Juli 1945 aufgrund einer Aufforderung der britischen Militärregierung eingereicht worden waren, den Hinweis auf Paderborn bzw. das „Paderborner Land“ (StA MS, OP 8371) als geeigneten Standort einer katholischen Akademie.

Dr. Karl Beyerle, der Ende 1945 zum Leiter des Sonderlehrgangs in Paderborn berufen wurde, spricht in seiner Darstellung der historischen Entwicklung bis zur Gründung der Akademie davon, daß „bereits 1945 der Plan auf(tauchte; S.B.), eine katholische Pädagogische Akademie in den südostwestfälischen Raum zu verlegen“ (Beyerle 1962, S. 113). Einen genaueren Standort nennt